Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21368. Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 37. **Montag, 14. Februar 1921, abends.** **74. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zerfällt durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das von der unterzeichneten Sparkassenverwaltung ausgestellte Einlagenbuch Nr. 8265, auf den Namen Erich **Kaebrack**, Gröba, lautend, ist verloren gegangen. Der Inhaber des Buches wird hierdurch aufgefordert, seinen Anspruch bei dessen Verlust binnen drei Monaten nach Erlaß dieser Bekanntmachung an die unterzeichnete Sparkasse zu stellen.

Gröba (Elbe), am 12. Februar 1921. **Die Sparkassenverwaltung.**

Zuckerkarten-Ausgabe Mittwoch, 16. d. M., 5–7 Uhr nachmittags in den Ausgabestellen. **Gemeindevorstand Weida.**

Minister Dr. Simons lehnt die Pariser Beschlüsse ab.

Vor einer aus allen Schichten der Bevölkerung Württembergs zusammengesetzten Versammlung sprach am Sonntag in **Stuttgart** der Reichsminister des Aeußern **Dr. Simons** über die **politische Lage.** Staatspräsident **Dr. Hieber** begrüßte Dr. Simons als den von ernstem und sittlichem Verantwortungsgefühl durchdrungenen Staatsmann und sagte, das schwäbische Volk fühlt sich mit dem Deutschen Reiche auf Gedeih und Verderben unlösbar verbunden und die Feinde mögen jede Hoffnung auf irgendwelche Sonderbestrebungen oder Abtrennungsgelüste bei uns von vornherein endgültig begraben. Von der stattlichen Versammlung aufs wärmste begrüßt, führte Reichsminister Dr. Simons ungefähr folgendes aus:

Wir stehen vor einer ebenso schweren, wenn nicht entscheidungsvolleren Stunde als an dem Tage von Weimar, als wir uns über die Annahme des Friedens von Versailles schlüssig machen mußten. Wir sind entschlossen, den Frieden von Versailles ehrlich durchzuführen, aber innerhalb des **Möglichen.** Dr. Simons betonte, daß die Einmütigkeit der deutschen Volksvertreter seit den Umsturztagen nie so stark gewesen sei als gegenüber den Pariser Beschlüssen. Bezüglich der Meinung, daß die deutsche Regierung schwankend geworden sei, erklärte er, daß die deutsche Regierung an ihrer **bisherigen Stellung durchaus festhalte.** Die Einladung gebe immerhin Gelegenheit, unseren Standpunkt gründlich darzulegen. Bevor wir uns den Folgen der bekannten Sanktionen aussetzen, werden wir die letzte äußerste Möglichkeit wahrnehmen, um mit dem Gegner zu einer Verständigung zu gelangen. Wir haben die Londoner Erklärung beantwortet mit der Gegenerklärung, daß wir sie annehmen unter der Voraussetzung, daß auch über unsere Gegenvorschläge in London verhandelt werde. Dieses Wörtchen „auch" habe ich mit vollem Bewußtsein gebraucht. **Die Vorschläge der Gegner sind in ihrem Zusammenhang für Deutschland undiskutabel und dabei bleibe ich** (Stürmischer Beifall). Sind unsere Vorschläge besser als die unserer Gegner, so wird sich die Basis für die weiteren Verhandlungen in London von selbst ergeben. Kein Staatsmann der Entente hat bisher Verständnis dafür gezeigt, was Deutschland geleistet hat und was es leisten kann. Ich lege die **oberschlesische Frage** anders aus als **Lloyd George.** Ich glaube, daß, wenn es mit rechten Dingen zugeht und wenn die Oberschlesier ihre Pflicht tun, keine Gefahr besteht, daß wir Oberschlesien verlieren. Auf das im Friedensvertrag festgelegte Bekenntnis unserer **alleinigen Schuld am Kriege** können wir uns nicht einlassen. Wir können das Strafurteil der Entente nicht als endgültiges Urteil der Weltgeschichte anerkennen. Die Behauptung, das deutsche Volk zahle viel weniger Steuern als das englische und französische, ist ein Kunstgriff. Alle Reparationsverpflichtungen müssen gemessen werden an der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Man hat noch keine Klarheit darüber, wie unsere Gegner sich die 12prozentige **Ausfuhrabgabe** denken. Hier liegt der Kardinalpunkt. Durch sie wird die deutsche Wirtschaft zu einer Fronwirtschaft für fremde Rechte unter fremder Leitung. Die Reparationsbestimmungen müssen ersetzt werden durch eine Aenderung des Friedensvertrages und der Pariser Beschlüsse und zwar durch **Vereinbarung** und nicht durch Diktat. Deutschland ist zu einer solchen Aenderung bereit und wird die Interessen der Gegner in weitestem Maße berücksichtigen. Unsere Gegenvorschläge unterliegen noch der Prüfung durch unsere Sachverständigen. Uns wird nichts anderes übrig bleiben als eine Art **Kontingentierung und Kartellierung der deutschen Industrie** vorzunehmen, um eine starke Produktionssteigerung zu erzielen. Unser Vorschlag über den **Wiederaufbau** ist abgelehnt worden. Wir werden nochmals mit Gedanken über diesen Punkt an die Entente herantreten. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir auf den Seydoux'schen Vorschlag zurückkehren. **Wir müssen aber mit einer Ziffer kommen, die in der öffentlichen Meinung der anderen Länder das größte Aufsehen hervorruft.** Das ist aber die Schuld derer, die ohne genügende Vorprüfung ihrerseits vorgegangen sind. Man hat **Amerika** als Gläubiger und Lieferer der Rohstoffe nicht hinzugezogen. Die Entente hat unter dem Druck des Datums gehandelt, den 1. Mai 1921, bis zu dem die Reparationskommission ihre große Schadenrechnung hat aufmachen wollen. Das Fehlen Amerikas ist ein großer fundamentaler Fehler, denn ohne Amerika wird man eine praktische Durchführung dessen, was man in London beschließt, nicht erreichen können. Der andere Punkt ist die Unsicherheit des künftigen Schicksals von Osteuropa. Ohne die Regelung der **Ostfrage** halte ich die endgültige Regelung des Reparationsproblems nicht für möglich. Der Reichskanzler wird an der Londoner Konferenz kaum teilnehmen können. Er will mich mit seiner Vertretung beauftragen. Dr. Simons schloß: Helfen Sie mir! Bleiben Sie fest. Aus dem deutschen Volke möge uns nach London entgegenschallen: Bleibt bei dem, was wir für richtig erkannt haben! Baut auf Euer Recht! Nehmt lieber das ungerechte Diktat hin, als daß Ihr Verpflichtungen unterschreibt, von denen Ihr nicht überzeugt seid, daß das deutsche Volk sie wird halten können! Der Rede Dr. Simons folgte lebhafter Beifall.

Spanien bestellt Lokomotiven in Deutschland. Die spanische Regierung hat deutschen Firmen die Lieferung von 118 Lokomotiven, die vor Ende 1921 fertiggestellt sein sollen, übertragen.

Einheitliche Kundgebung gegen die Pariser Beschlüsse.

Die Protestversammlung der Liga zum Schutze der deutschen Kultur gegen die neuen Pariser Beschlüsse, die am Sonntag vormittag im Sportpalast in Berlin stattfand, gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung. Eine vieltausendköpfige Menge füllte das Haus und lohnte den einzelnen Rednern mit leidenschaftlicher Anteilnahme. Es sprachen von der Deutschnationalen Volkspartei Regierungsrat Lowerenz, von der Deutschen Volkspartei Prof. Dr. Kahl, von der Zentrumspartei Dr. Pfeifer, von der Demokratischen Partei der Gesandte Dr. Riesler und Dr. Walter Croll, deren Ausführungen spontane Beifallsstürme auslösten. Aus den Worten der Redner klang der unerschütterliche Glaube an die Zukunft des deutschen Volkes, wenn es in dieser Stunde höchster Gefahr einmütig zusammenstehe. Wenn Frankreich glaube, durch die neuen Forderungen dem Weltfrieden der Zukunft zu dienen, so sei dies die schmählichste Täuschung, der sich jemals ein Volk hingegeben hätte. Die einzige Schuld, die uns treffe, wäre, daß wir unsere Schuld unterschrieben hätten. Die Geduld des deutschen Volkes wäre erschöpft. Bis hierher und nicht weiter! Die Versammlung fordert die verantwortlichen Leiter der deutschen Politik auf, jeder unbilligen und undurchführbaren Lösung der Frage die Zustimmung zu versagen. Unter Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" ging die Versammlung auseinander.

Massenkundgebung in Leipzig.

In Leipzig fand gestern eine eindrucksvolle, von der Arbeitsgemeinschaft vereinigter Parteien sowie von wirtschaftlichen und kulturellen Verbänden veranstaltete Massenkundgebung gegen die Forderungen der Entente statt. Nach einer stark besuchten Versammlung im Zentraltheater, in der ein Redner aus Berlin sprach, begaben sich die Teilnehmer in geschlossenem Zuge, in dem unter Vorantritt mehrerer Musikkapellen schwarz-weiß-rote Fahnen und zahlreiche dem Zweck der Veranstaltung entsprechende Schilder getragen wurden, nach dem Augustusplatz, wo 13 Redner und eine Rednerin in Ansprachen die Unmöglichkeit der Erfüllung der Ententeforderungen hervorhoben und betonten, daß Deutschland nicht nach London gehen dürfe, bevor nicht genau feststehe, was man dort mit ihm vorhabe. Von der Reichsregierung wurde verlangt, daß sie unter allen Umständen an dem von ihr ausgesprochenen Unannehmbar festhalte, selbst auf die Gefahr einer Besetzung Deutschlands durch die Ententetruppen. Der Welt müsse gesagt werden, das es für das deutsche Volk jetzt nur noch eins gebe: bis hierher und nicht weiter. Die von vielfachen stürmischen Zustimmungskundgebungen unterbrochenen Redner forderten schließlich die Versammelten zur Einigkeit ohne Ansehen der politischen Gesinnung auf. Mit dem Gesang der Nationalhymne und des niederländischen Dankgebetes fand die Kundgebung ihr Ende.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der angebliche Aktionsplan der Linksradikalen. Der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung teilt mit: Die „Deutsche Tageszeitung" brachte unter der Ueberschrift „Ein Roter Aktionsplan für Großberlin" Nachrichten, daß vom 1. März d. J. ab alle Vorbereitungen für die Durchführung einer Gewaltaktion der kommunistischen Partei in Berlin und Umgebung fertig seien. Demgegenüber wird, wie schon wiederholt betont worden ist, hervorgehoben, daß zwar linksradikale Pläne für die gewaltsame Einsetzung der Diktatur des Proletariats bestehen, daß aber mit einer Ausführung dieser Pläne in absehbarer Zeit **nicht** gerechnet werden kann.

Auffindung eines Munitionslagers. Unweit Braunschweig wurde in einem Gehölz in der Erde vergraben ein Munitionslager von mehreren hundert Handgranaten und Zündern gefunden. Der Fund wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Der Waffenfund in Westend. Wie erinnerlich, beschlagnahmte die Polizei vor einigen Tagen in Westend zahlreiche Waffen und stellte fest, daß diese Waffen (insgesamt 80 Maschinengewehre, 35 Karabiner, 46 Seitengewehre, zahlreiche M.-G.-Munition und M.-G.-Geräte verschiedener Art) von Mitgliedern der Orgesch, einem Assessor Dr. Heyl und Genossen, nach Westend verbracht worden waren. Polizeiliche Feststellungen haben jetzt auf Grund von Aussagen Beteiligter ergeben, daß Dr. Heyl und Genossen die Waffen aus der Oberfeuerwerkerschule in der Lehrter Straße in Berlin abgeholt hatten. Da die Oberfeuerwerkerschule ein militärisches Dienstgebäude ist, besteht der Verdacht, daß Militärpersonen bei der Wegschaffung der Waffen ihre Hand im Spiele gehabt haben. Welche Personen hierfür als Schuldige in Betracht kommen, hat die zuständige Militärbehörde bisher noch nicht ermittelt. Das Polizeipräsidium hat jetzt das Ermittelungsverfahren an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben. Ueber die Persönlichkeit des Dr. Heyl ist zu bemerken, daß er früher bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts als Gerichtsassessor beschäftigt war, seit dem Kapp-Putsch aber beurlaubt ist, da gegen ihn ein Verfahren wegen Beteiligung am Kapp-Putsch schwebte.

Der Streit um die vormals deutschen Kabel. Nach einer Meldung der „Times" hat die interalliierte Verbindungsmittelkonferenz, die sich mit der Verteilung der vormals deutschen Kabel befaßt, Freitag die Verhandlungen in Washington wieder aufgenommen. Im Verhalten der Vereinigten Staaten inbezug auf die Kabel sowohl im Atlantischen wie im Stillen Ozean ist keine Aenderung eingetreten. Die Aussichten auf die Erledigung dieser Frage unter der augenblicklichen Regierung sind sehr gering. Die Ereignisse seit der Vertagung der letzten Konferenz Mitte Dezember haben die Amerikaner in ihrem Entschlusse gestärkt, die Wiederherstellung der atlantischen Kabel für den Dienst zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland und die Rückerstattung des Kabels von Guam-Yap-Schanghai und nach Holländisch-Indien durch Japan sicherzustellen.

Handelsvertrag mit Oesterreich. Die deutsche und die österreichische Regierung trafen am 1. 9. 1920 bis zum Abschluß des endgültigen Handelsvertrages ein vorläufiges Abkommen zur Regelung ihrer beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Die Ratifikationsurkunden zu diesem Abkommen wurden am Sonnabend im Bundesministerium für Aeußeres in Wien zwischen dem Bundeskanzler und dem deutschen Gesandten ausgetauscht, womit das Abkommen in Kraft getreten ist.

Die deutschen Kohlenlieferungen. „Temps" meldet, daß am 1. März eine Beratung der Reparationskommission mit deutschen Kohlensachverständigen stattfinden wird, um das Lieferungsprogramm für den Monat April zu bestimmen. Für die Monate Februar und März bleibe es bei den vorgesehenen Lieferungen von 2 200 000 Tonnen plus 2 500 000 Tonnen Rückständen.

Reichskanzler a. D. Müller gegen eine Einheitsfront. In einer zumeist gegen die Rechtsparteien gerichteten Wahlrede in Frankfurt a. M. äußerte der frühere Reichskanzler Hermann Müller u. a., der Tag werde nicht kommen, wo die Sozialdemokratie mit Helfferich und Heraht in irgend eine Regierung eintreten werde.

Der französische Botschafter in Berlin über Deutschlands Handel und Industrie. Der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, der sich augenblicklich in Paris aufhält, erklärte einem Mitarbeiter des „Excelsior", es lasse sich nicht ableugnen, daß Deutschlands Handel und Industrie sehr große Anstrengungen machten, um sich auf den Weltmärkten einen bevorzugten Platz zu erobern. Es sei nicht zweifelhaft, daß die Wiederaufbaupläne verwirklicht worden seien, da alle Kräfte des Reiches sich in den Dienst der Nation gestellt hätten. Die Deutschen litten nicht unter Kohlenmangel. (!) Sie besäßen so viele Kohle, wie sie brauchten. Wenn sie klagten, daß es ihnen daran fehle, so täuschten sie sich. Die Deutschen übertrieben auch den Umfang der Transportkrisis. Seiner Ansicht nach gehe die Politik in Deutschland seit einiger Zeit stark nach rechts.

Tschechoslowakei.

Verzicht auf die Beschlagnahme deutscher Güter. Der Ministerrat hat den Vorschlag genehmigt, daß die tschechoslowakische Republik in ähnlicher Form wie Belgien und England darauf verzichtet, die generellen Bestimmungen des Artikels 18 der Anlage II zum Teil VIII des Friedensvertrages von Versailles in Anwendung zu bringen. Der genannte Artikel bezieht sich bekanntlich auf die Beschlagnahme der Güter deutscher Staatsbürger für den Fall, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Türkei.

Eine neue türkische Hauptstadt. Die türkischen Nationalisten, die von Mustapha Kemal geführt werden und sich in Kleinasien festgesetzt haben, beabsichtigen eine neue Hauptstadt des Türkenreichs ins Leben zu rufen, die eine Rivalin Konstantinopels werden soll. Sie haben als Sitz ihrer Regierung Angora ausersehen und machen die größten Anstrengungen, dieses schmutzige Dorf zu einer schönen Stadt umzugestalten. Die Pläne, die von einem ungarischen Architekten ausgearbeitet sind und als Vorbild der neuen Hauptstadt Budapest annehmen, sind von dem Nationalisten-Parlament genehmigt worden und schon jetzt sind 3000 Arbeiter eifrig tätig, um die Bauten auszuführen. Ein Nationaltheater und eine Universität sollen errichtet werden, und ebenso wird eine öffentliche Bibliothek mit Leseräumen und ein großes Versammlungshaus erstehen.

Italien.

Giolitti über die Betriebsräte und die Entwaffnung. Ministerpräsident Giolitti hat dem Vertreter der „Chicago Daily News" eine Unterredung über die Betriebsräte und über die Entwaffnung gewährt. Wie bekannt, liegt jetzt dem italienischen Parlament ein Gesetzentwurf betr. Einführung der Betriebsräte und der Arbeiterkontrolle in den Betrieben vor. Giolitti sagte: Dieses Gesetz wird den Arbeitern gestatten, den Preis der Rohstoffe, die Erzeugungskosten, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten, die Namen der Teilhaber und den Betrag ihrer Gewinne sowie die Erzeugungsmethoden mit Ausnahme der Fabrikationsgeheimnisse kennenzulernen. Durch dieses Gesetz wird Italien in Bezug auf soziale Gesetzgebung allen anderen Mächten vorangehen und einen durchaus neuen politischen Versuch machen. Die fortschreitende industrielle Ausbildung der Arbeiter wird auch den Tag beschleunigen, an welchem die Arbeiter imstande sein werden, ihre Industrien direkt zu betreiben. Dieser Fortschritt wird aber selbstverständlich sehr langsam sein. Durch die Arbeiterkontrolle werden die Industriellen genötigt werden, mehr auf die Produktion als auf die Spekulation achtzugeben, was die Erzeugung selbst direkt befördern wird. Auf die Frage, ob er einen staatlichen Schutz der Schwerindustrie